

Steigende Mieten Stoppen!

PRESSEERKLÄRUNG // 19.10.2010

Der Entwurf eines „Gesetzes über den Sozialen Wohnungsbau in Berlin“ – in Wahrheit ein Gesetz zur beschleunigten Abschaffung des Sozialen Wohnungsbaus:

- > Eigentümerinteressen bleiben unangetastet
- > die Mieter/innen bleiben auf der Strecke

Stellungnahme des Bündnisses „Steigende Mieten stoppen“ aus Anlass der Anhörung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zu dem Entwurf am 20.10.2010

Die SPD-geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat im Hinblick auf die Abgeordnetenhauswahlen im kommenden Jahr den Entwurf eines „Gesetzes über den Sozialen Wohnungsbau in Berlin“ vorgelegt, zu dem sie am 20.10.2010 die Verbände anhören will. Die Senatsverwaltung will den Eindruck vermitteln, sie kümmere sich um das Problem. Ein Senatssprecher behauptete, „das Ziel dabei sei, die Mieter möglichst rasch zu entlasten“, und Senatorin Junge-Reyer diktierte den Journalist_innen in die Feder, man wolle „dauerhaft tragbare Mieten“ im Sozialen Wohnungsbau sichern.

Diese Darstellung ist irreführend und lenkt vom tatsächlichen Inhalt des Gesetzes ab.

Das Bündnis „Steigende Mieten stoppen!“ lehnt den Gesetzesentwurf ab: Er ist ein Skandal! Statt „Gesetz über den Sozialen Wohnungsbau“ sollte er zutreffender „Gesetz zur beschleunigten Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus“ heißen.

- > Der vom Senat vorgelegte Vorschlag bietet keine Lösung der jetzt bestehenden Probleme am Wohnungsmarkt für die einkommensschwachen Mieter/innen.
- > Der Gesetzesentwurf ignoriert vollständig die dramatische Situation der dem Kostenmietensystem schutzlos ausgelieferten Mieter/innen in Sozialwohnungen, die keine Anschlussförderung mehr erhalten haben (siehe z.B. Fanny-Hensel-Siedlung).
- > Es ist kein Neubau von Sozialwohnungen vorgesehen, um den Mangel an günstigen Wohnungen zu beheben.
- > Sein Ziel ist vielmehr die Überführung bestehender Sozialwohnungen in den freien Wohnungsmarkt, der Angebot und Nachfrage gehorcht. Möglichst viele der ohnehin nicht mehr sehr zahlreichen Sozialwohnungen sollen aus der Belegungs- und Mietbindung entlassen werden.
- > Im Vordergrund stehen die Profitinteressen der Hauseigentümer und Wohnungsbaugesellschaften. Das Interesse der Mehrzahl der BerlinerInnen an bezahlbarem Wohnraum bleibt auf der Strecke.

Nähere Informationen: Stellungnahme des Bündnisses „Steigende Mieten stoppen!“ zum Entwurf eines „Gesetzes über den Sozialen Wohnungsbau in Berlin“:

<http://mietenstopp.blogspot.de/images/StellungnahmeWohnraumG.pdf>